

# FreiBrief aus Berlin

## 11/2014



### Sehr geehrte Damen und Herren,

nach wie vor sind es die internationalen Krisenherde, wie beispielsweise das grausame Vorgehen des selbsternannten „Islamischen Staates“, die Ebola-Krise oder die Zustände in der Ostukraine, die im Deutschen Bundestag ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die vergangenen Wochen haben einmal mehr gezeigt, dass Deutschland mehr internationale Verantwortung übernehmen muss. Dies muss gleichzeitig mit unseren internationalen Partnern geschehen. Aus diesem Grund bin ich als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Europaausschusses unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr dankbar, die in den vergangenen Tagen immer wieder zur Geschlossenheit der europäischen und der internationalen Staatengemeinschaft aufgerufen hat. Nur gemeinsam können wir die globalen Herausforderungen meistern. Deutschland wird hierfür den Beitrag im Rahmen seiner Möglichkeiten leisten.

In meinem Wahlkreis hochaktuell ist derzeit das Thema Fluglärm. Gemeinsam mit meinen Kollegen aus den kommunalen, landes- sowie bundespolitischen Gremien setze ich mich weiterhin gegen eine Mehrbelastung Südbadens durch ein neues Anflugregime, das sog. entflochtene Ostanflugkonzept, am Züricher Flughafen ein. Aus diesem Grund haben wir betroffenen Bundestagsabgeordneten ein ausführliches Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister geführt. Der Schulterschluss der politisch Verantwortlichen in unserer Region zeigt: Gemeinsam kämpfen wir für die Interessen Südbadens.

Herzlichst

### INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	4
<i>Kretschmanns Netz-Initiative ist ein Rohrkrepieler</i>	6
<i>SPD muss Zeichen der Zeit erkennen: Deutschland braucht ein flexibleres Renteneintrittssystem</i>	6
<i>CDU strebt stärkere Vernetzung der Kommunalpolitiker an</i>	7
<i>Meine Bürgersprechstunden im November</i>	7

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)



## Bericht aus Berlin

---

Der Bundestag hat spätestens nach der Sommerpause wieder volle Fahrt aufgenommen. Zahlreiche Vorstöße, wie beispielsweise die Mautpläne von Bundesverkehrsminister Dobrindt und auch grundlegende Änderungen, wie wir sie mit der Verabschiedung der ersten Stufe der Pflegereform beschlossen haben, sind ein lebendiger Beweis dafür. Darüber hinaus haben wir zahlreiche Krisen auf der Welt, die die Menschen in unserem Land wie auch die Politik noch immer sehr stark beschäftigt, schließlich haben sie nicht zuletzt wegen der Globalisierung auch immer direkte Auswirkungen auf uns daheim in Deutschland. Allen voran ist hier die Bedrohung durch die Terroristen des sog. Islamischen Staates (IS) zu nennen, gefolgt von der unklaren Lage in der Ostukraine oder die Gefahr durch das Ebola-Virus in Westafrika. Im Nachfolgenden gebe ich Ihnen einen kurzen Einblick in meine vergangenen vier Wochen in Berlin:

### Mehr Fluglärm verhindern!

Vor dem Hintergrund des Schweizer Vorstoßes für ein neues Betriebskonzept des Flughafens Zürich war es dringend erforderlich, dass sich meine südbadischen Wahlkreiskollegen Andreas Jung und Thomas Dörflinger und ich uns direkt beim Bundesverkehrsminister für eine für die Region verträgliche und nicht hinter den Status Quo zurückfallende Lösung in der verfahrenen Situation mit der Schweiz einsetzen. Erfreulicher Weise stand Alexander Dobrindt sehr kurzfristig für ein einstündiges Gespräch zur Verfügung. Dabei haben wir den Minister auf unsere berechtigten Befürchtungen hingewiesen, dass die Schweizer Pläne eines sog. entflochtenen Ostanflugkonzeptes zu mehr Fluglärm über der deutschen Grenzregion führen könnten und in Wahrheit ein „Nordkonzept II“ ist. Wir haben ihn aufgefordert, dass es eine Zustimmung zu mehr Fluglärm von deutschen Behörden nicht einfach auf dem Verordnungswege und vorbei an jeglicher parlamentarischer Kontrolle geben dürfe und eine Änderung der DVO von der gesamten baden-württembergischen CDU-Landes-

gruppe im Bundestag abgelehnt wird. Die Botschaft ist meines Erachtens angekommen. Positiv festzuhalten ist das daraus abgeleitete Zwischenfazit des Ministers. Er betonte uns gegenüber: „Wir werden die Interessen der südbadischen Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich wahrnehmen.“ Gleichzeitig betonte er aber auch: "Erst wenn ein Antrag vorliegt, können wir eine umfassende fachliche Bewertung vornehmen." Der Bundesverkehrsminister sagte uns dabei eine detaillierte Prüfung aller möglichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt in Südbaden zu. Dabei werde auch das Umweltbundesamt einbezogen. Meine Kollegen und ich vertrauen auf die Unterstützung von Alexander Dobrindt, schließlich hat er auch beim Fluglärm-Staatsvertrag Wort gehalten und bisher kein Ratifizierungsverfahren eingeleitet.



*v.l.n.r.: Thomas Dörflinger, Torsten Frei, Alexander Dobrindt, Thomas Strobl, Andreas Jung, Steffen Bilger.*

### Zu Gast im Schloss Bellvue: Bundespräsident empfängt Abgeordnete des Europaausschusses



Ein Höhepunkt des letzten Monats war für mich sicherlich die Gelegenheit, mit unserem Bundespräsidenten Joachim Gauck ins Gespräch zu kommen, als dieser sich über zwei Stunden Zeit nahm, um mit meinen Kolleginnen und Kollegen des Europaausschusses und mir die aktuellen europapolitischen Herausforderungen zu diskutieren. Dabei kamen viele Themen zur Sprache. Es ging unter

anderem um die Frage, wie wir die enormen Flüchtlingsströme, nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Maßstab, besser bewältigen können. In diesem Zusammenhang war klar, dass die große humanitäre Verpflichtung, die insbesondere im Zusammenhang mit Flüchtlingen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten besteht, stärker gesellschaftlich abgedeckt werden muss.

Insbesondere geht es darum, die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe besser als bisher zu unterstützen. Darüber hinaus müsse der Ordnungsrahmen aber auch so gesetzt werden, dass man die Hilfe auf diejenigen konzentriert, die dieser in besonderer Weise bedürfen. Als ehemaliger Kommunalpolitiker habe ich im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union vor allen Dingen die Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes angesprochen. Dabei erscheint es mir wichtig, dass sich Europa auf die großen Fragen des Kontinents konzentriert und dabei andererseits auf viel Detailschärfe verzichtet. Ein Gelingen der weiteren europäischen Integration wird ganz maßgeblich von der Akzeptanz durch die Menschen abhängen. Diese wird umso größer, je stärker Europa als Chance und weniger als bürokratische Gängelei wahrgenommen wird.

### Besuch aus dem Wahlkreis

Besonders erfreut habe ich mich auch im vergangenen Oktober über verschiedentlichen Besuch aus dem Wahlkreis. Unter anderem haben Anfang des Monats zwei Schulklassen - je eine von der Karl-Brachat-Realschule aus Villingen und eine von der St.-Ursula-Schule ebenso aus Villingen - mit einer Stippvisite im Berliner Reichstag und einem persönlichen Gespräch mit mir sich nahezu die Klinke in die Hand gegeben. Grundsätzlich berichte ich den Schülern immer ein wenig von meiner Arbeit und meinen Aufgaben als Abgeordneter sowie über die Mechanismen im bundespolitischen Berlin. Am meisten freue ich mich aber auf die Fragen der Schülerinnen und Schüler, die mir immer eine erfrischende Abwechslung im fest getakteten Alltag bieten. Angesprochen auf die Verknüpfungsmöglichkeiten der Themen des Wahlkreises mit der Arbeit in Berlin, erklärte ich den Villingern

Schülern, dass es zahlreiche Themen gebe, die die Menschen im Schwarzwald bewegen, für die man aber gerade im politischen Berlin viel erreichen könne. Dies betrifft sowohl den unmittelbaren Kontakt zu Entscheidungsträgern als auch die Vermittlung derartiger Gespräche. Als praktisches Beispiel, das mich ganz unmittelbar beschäftigt, nannte ich bspw. die Verkehrsinfrastruktur, die steuerliche Behandlung etwa des Breitbandzweckverbandes im Schwarzwald-Baar-Kreis oder auch die Auswirkungen des Kartellverfahrens im Zusammenhang mit der Holzvermarktung auf Kommunen und Privateigentümer. Außerdem schilderte ich meinen Gästen, dass es mir als ehemaliger Oberbürgermeister besonders wichtig ist, bei Bundesgesetzen auf die besonderen Belange der Kommunen hinzuweisen. Schließlich wird allzu oft in Berlin entschieden, was die Menschen in den Städten und Gemeinden zu machen oder gar zu bezahlen haben. Damit ein Staat gut funktioniert, muss der Staat viel mehr von unten nach oben gestaltet werden. Auch das ist echte Wahlkreisarbeit.



*Schüler der St.-Ursula-Schule  
Villingen-Schwenningen*



*Schüler der Karl-Brachat-Realschule  
Villingen-Schwenningen*

Darüber hinaus fand auf meine Einladung hin vom 22. bis 25. Oktober 2014 eine weitere Informationsfahrt für politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger des Wahlkreises in die Bundeshauptstadt Berlin statt. Die gut 50 Gäste aus dem gesamten Wahlkreis konnten sich schon frühzeitig auf ein facettenreiches Programm freuen. Neben einem Besuch des Auswärtigen Amtes, erfolgte ein Besuch der Dauer Ausstellung "Topographie des Terrors", ebenso eine Visite bei der Vertretung des Landes Baden-Württemberg. Bei einer Stadtrundfahrt wurde den Gästen sehr anschaulich die Entwicklung hauptsächlich im Osten Berlins unter politischen Aspekten nähergebracht. Ebenso Bestandteil des Programms war ein Informationsbesuch im Deutschen Dom mit der ständigen Ausstellung "Wege, Irrwege, Umwege - die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland". Bei einem Besuch im Reichstag wurden die Gäste zunächst allgemein über die Arbeit des Bundestages sowie Ablauf und Details von Plenarsitzungen informiert. Im Anschluss erhielten die Teilnehmer der Fahrt in einem persönlichen Gespräch mit meinem Berliner Büroleiter Christian Friedrich einen näheren Einblick in die Vielfalt meiner Arbeit, da ich selbst auf einer Auslandsdienstreise in Bosnien und Herzegowina zu sein hatte. Ein anschließender Blick von der Reichstagskuppel auf die Bundeshauptstadt rundete den Besuch ab in der Herzkammer unserer Demokratie. Nicht minder interessant waren der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße, dem zentralen Erinnerungsort an die deutsche Teilung im Zentrum der Stadt, sowie eine eindrucksvolle abendliche Führung durch das Bundeskanzleramt. Ich freue mich schon heute auf die drei durch das Bundespresseamt organisierten politischen Informationsfahrten im kommenden Jahr, bei denen ich dann auch wieder persönlich für den Austausch mit meinen Gästen zur Verfügung stehen werde.



### Auslandsreisen nach Bosnien und Herzegowina und nach Afghanistan

Im Rahmen des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“, in dem ich die CDU/CSU-Fraktion als Sprecher vertrete, bin ich mit meinen Kollegen der anderen Fraktionen in Bosnien und Herzegowina gewesen, um mich auf verschiedenen Stationen über die Situation nach den kürzlich erfolgten Wahlen, nach der Flutkatastrophe im Frühjahr und den landesweiten gewaltsamen Ausschreitungen im Frühjahr zu informieren. Leider hat sich für mich das Bild verfestigt, dass in Bosnien und Herzegowina seit Jahren ein totaler Stillstand herrscht. Viele dringende Reformen werden von der Regierung einfach nicht angegangen. Ohne Mindeststandards im Bereich von Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und bei den Freiheitsrechten kann es jedoch keine positive wirtschaftliche Entwicklung geben. Und auch die Perspektiven für EU und NATO rücken nicht näher. Diese Unzufriedenheit hat auch die Menschen im Frühjahr zu zum Teil gewalttätigen Demonstrationen getrieben. Ich hoffe sehr, dass es den Menschen und allen voran den Politikern gelingt, eine gemeinsame Zukunftsvision für das Land zu erarbeiten. Der Zustand, dass die Serben lieber heute als morgen unabhängig wären, die Kroaten eine eigene, selbstverwaltete Entität innerhalb der Föderation wollen, während die Bosniaken von einem starken Zentralstaat träumen, ist unhaltbar. In der derzeitigen Situation werden wir auf absehbare Zeit leider keine positiven Nachrichten aus Bosnien und Herzegowina erhalten. Und auch die Wahlergebnisse vom 12. Oktober deuten nicht auf eine Änderung der Umstände hin.



*Im Gespräch mit Politikern in der Republik Srpska*

Darüber hinaus war ich Teil einer kleinen Delegation von Verteidigungs- und Außenpolitikern unter Führung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Markus Grübel. Unmittelbar im Anschluss an den Rückflug aus Bosnien und Herzegowina ging es für mich nach Mazar-i-Sharif. Ziel der Reise war für mich, mir im Verantwortungsbereich der Bundeswehr einen Eindruck vom Abzug der deutschen ISAF-Truppen zu machen und gleichzeitig die Voraussetzungen und Planungen für die Folgemission "Resolute Support" (RSM) in Augenschein zu nehmen. An verschiedenen Stellen wurden für mich die in 13 Jahren gemachten Erfolge deutlich, genau wie die Schlussfolgerung, dass wir die vielen Fortschritte bei der Sicherheit, bei demokratischen Prozessen, bei den Menschen- und Frauenrechten, bei der Infrastruktur oder medizinischen Versorgung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen, indem wir unser Engagement nicht über das Jahr 2014 hinaus verlängern. Ich bin mir sicher, dass auch im Bundestag große Einigkeit in der Frage eines neuen Mandates bestehen wird. Weniger politisch, dafür umso plastischer war für mich das Zusammentreffen mit Soldaten aus Baden-Württemberg, die im aktuellen Kontingent ihren Dienst leisten. Sie berichteten mir von der aktuellen Bedrohungslage durch die Taliban, ihrem Tagesablauf und von kulturellen Unterschieden, die sie bei ihren Patrouillen hautnah nahezu täglich erleben.



*Mit Verteidigungsstaatssekretär Markus Grübel vor dem Regierungsflieger*

## Aktuelles aus dem Wahlkreis

In den vergangenen Wahlkreiswochen nahm ich wieder viele Termine im gesamten Wahlkreis Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal wahr.

### Vor-Ort-Termin in Villingen-Schwenningen mit der Zieglerschen – Altenhilfe

Im Villingener Neubaugebiet „Welvert“, auf der Baustelle des aktuellen Projekts der Zieglerschen Altenhilfe, traf ich mich bei einem Vor-Ort Termin mit dem Vorstandsvorsitzenden der Zieglerschen e.V., Professor Dr. Harald Rau, dem Geschäftsführer der Zieglerschen-Leben im Alter gGmbH, Rainer Ellersiek und der Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes in Villingen-Schwenningen, Anita Neidhart-März. In Zeiten des fortschreitenden demografischen Wandels besprachen wir die zunehmend wichtiger werdenden Themen Inklusion und Fachkräftegewinnung sowie die Zukunft in allen Bereichen der Pflege. Ich erläuterte den Anwesenden detailliert die von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe auf den Weg gebrachte, größte Pflegereform seit der Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren. Von der am 1. Januar 2015 in Kraft tretenden 1. Stufe der Pflegereform verspreche ich mir eine deutliche Ausweitung der Betreuungsleistungen. Durch die Neuordnung des Betreuungsschlüssels, also der Zahl der Betreuungskräfte im Verhältnis zur Zahl der Pflegebedürftigen, sind bis zu 45000 neue Betreuungskräfte möglich. Die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die Erweiterung der Pflegestufen von drei auf fünf in einem 2. Schritt, ist darüber hinaus ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer umfassenden individuellen Pflege. Für mich ist klar, dass die zunehmend älter werdende Gesellschaft bereits jetzt eine Investition in Gesundheit und Altersvorsorge tätigen muss.



*Bei der Zieglerschen – Altenhilfe*

## Eine erste Bilanz – Zu Gast bei den Kolpingfamilien Donaueschingen und Furtwangen

Zu einem ihrer politischen Abende lud mich die Kolpingfamilie Donaueschingen in das örtliche Gasthaus Ochsen. Eine Einladung, der ich sehr gerne folgte. Vor etwa 50 Gästen der Kolpingfamilien Donaueschingen und Furtwangen rekapitulierte ich zu Beginn mein erstes Jahr als Bundestagsabgeordneter in Berlin. Ich erinnerte mich gerne an meine ersten Eindrücke und Begegnungen im neuen Wirkungskreis. Auch den Wechsel von der handfesten, unmittelbaren Kommunal- zur eher abstrakten Bundespolitik und die Herausforderungen zu Beginn – die Mitarbeitergespräche, Büroorganisation und meine favorisierten Ausschüsse – verdeutlichte ich den anwesenden Gästen. Ich machte deutlich, dass der Auswärtige Ausschuss neben dem Haushaltsausschuss meine erste Wahl war. Denn in beiden Ausschüssen geht es um das große Ganze; Themen, die in viele andere Bereiche mit hinein spielen. Und natürlich war und ist es von Anfang an spannend deutsche Außenpolitik mit zu prägen, bei der Vielzahl an außenpolitischen Herausforderungen in der Ukraine, Syrien, Irak und an vielen weiteren Orten dieser Welt. Als im Wahlkreis Schwarzwald-Baar / Oberes Kinzigtal direkt gewählter Abgeordneter war mir aber mindestens genauso wichtig, den Zuhörern zu verdeutlichen, dass ich keinen Berliner Schwerpunkt habe, sondern mich genauso intensiv um die Themen vor Ort bemühe. Die Stärken und Schwächen des Koalitionsvertrags der Großen Koalition waren ebenfalls ein vieldiskutiertes Thema der Veranstaltung. Aus meiner Sicht bringt er allerdings die Dinge, die wichtig sind, auf den Weg. Der Mindestlohn spielt im Wahlkreis keine Rolle und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahre geht speziell in unserer innovativen Region mit zunehmendem Fachkräftemangel am Ziel vorbei. Für die sich anschließende Fragerunde der anwesenden Kolpingmitglieder nahm ich mir gerne viel Zeit, um Themen wie die aktuelle Situation in der Bundeswehr, mögliche Strategien gegen die Invasion des IS, das Außenhandelsabkommen TTIP, die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, aber auch lokale Themen wie Fluglärm, mangelhafte Verkehrsinfrastruktur, Gentechnik, Fracking

und die Energiewende umfassend zu beantworten.



*Im Gespräch mit der Kolpingfamilie*

## Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages

In den Räumlichkeiten der Sparkasse Donaueschingen eröffnete ich gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Schwarzwald-Baar, Arendt Gruben, die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages. Dieses Informationsmedium möchte den Menschen im Wahlkreis die Arbeit und Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten, die Arbeitsweise des Bundestages als einziger Institution auf Bundesebene, deren Mitglieder direkt vom Volk gewählt werden, und den Gang der Gesetzgebung näher bringen. Auf meine Initiative hin, hatte sich die Sparkasse Schwarzwald-Baar sehr gerne bereit erklärt, als Gastgeber dieser aufschlussreichen und umfassenden Ausstellung zu fungieren. Vielen Dank dafür. Neben Donaueschingens Oberbürgermeister Pauly und Hüfingens Bürgermeister Knapp, einigen anwesenden Schulleitern nahmen auch die aktuellen Auszubildenden der Sparkasse an der Eröffnung teil. Mir ist wichtig, den Deutschen Bundestag als Herz der deutschen Demokratie einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen. Auf 20 Schautafeln nutzten in den Tagen der Ausstellung einige Schulklassen und eine Vielzahl von Kunden das Angebot, sich vor Ort über Inhalte und Aufgaben ein Bild zu machen. Mit 631 Abgeordneten und insgesamt etwa 6000 Mitarbeitern ist der Deutsche Bundestag ein operatives Räderwerk, das tagtäglich mit hohem Aufwand Themen behandelt, die den Lebensalltag der Menschen im Wahlkreis direkt beeinflusst. Besonders junge Menschen müssen sich meiner Meinung nach wieder für Politik interes-

sieren. Ich bin froh, dass zahlreiche Schulen aktuelle politische Informationen aus erster Hand als wichtig erachten und ihren Schülern eine fundierte Meinungsbildung ermöglichen. So sind auch jede Woche Schulklassen aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin, die sich vor Ort ein Bild von den Abläufen machen. Für mich ist Demokratie keine Selbstverständlichkeit, sie zu erhalten wird aber immer wichtiger.



*Eine Woche lang machte die Wanderausstellung des Bundestages im Wahlkreis Halt.*

### **Kretschmanns Netz-Initiative ist ein Rohrkreier!**

Die erste seit nunmehr über dreieinhalb Jahren abgegebene Regierungserklärung von Ministerpräsident Kretschmann zeigt einmal mehr wie uninspiriert seine grün-rote Landesregierung agiert. Es ist unbestritten, dass die Digitalisierung des täglichen Lebens und der Infrastruktur für den High-Tech-Standort Baden-Württemberg unverzichtbar ist. Das von der Landesregierung vorgestellte Maßnahmen- und Mittelbündel jedoch spricht eine andere Sprache und zeugt nur wenig von einer klaren Prioritätensetzung. Allein die nackten Zahlen sind ernüchternd und zeigen, dass es dem Duo Kretschmann / Schmid nicht ernst ist mit dem Ausbau des schnellen Internets im ganzen Land. Ein niedriger zweistelliger Millionen-Betrag ist im Vergleich mit Bayern, das eine Milliarde EUR bis 2018 in das Digitalnetz investiert, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Noch absurder wird die Situation, wenn man bedenkt, dass die Landesregierung empfiehlt, dass sich kleinere Kommunen im ländlichen Raum in sog. Zweckverbänden zusammenschließen sollen, um die Bereitstellung funktionierender Breitbandnetze gemeinsam zu

schultern, gleichzeitig die ohnehin zu vernachlässigenden Landeszuschüsse jedoch durch unzureichende Umsatzsteuerregelungen gleich wieder einkassiert werden. Daneben vermisse ich die Etablierung einer gewissen IT-Forschungskompetenz durch die Landesregierung. Es reicht nicht nur, die Infrastruktur nach heutigem Wissensstand auszubauen und sich auf die begrenzten Forschungskapazitäten der Universitäten zu verlassen. Vielmehr müssen wir im Land Visionen für Morgen entwickeln. Dazu bedarf es einer gewissen institutionalisierten Wissenschafts-Kompetenz im Bereich "Big Data".

### **SPD muss endlich Zeichen der Zeit erkennen: Deutschland braucht ein flexibleres Renteneintrittssystem**

Die SPD muss sich den Zeichen der Zeit stellen und nicht krampfhaft an überholten Vorstellungen ihrer Kernklientel festhalten. Immerhin gut 60 Prozent der Menschen kann sich heute sehr gut vorstellen, länger als nur bis zum 65. Lebensjahr zu arbeiten. Bei der Gruppe der 20- bis 30-Jährigen liegt der Wert sogar bei knapp 75 Prozent. Besonders interessant ist, dass die Freude an der Aufgabe als Leitmotiv genannt wird - noch vor finanziellen Anreizen. In Zeiten des demografischen Wandels können wir nicht strikt am bestehenden System festhalten. Lesen Sie [hier](#) mein Statement zu diesem Thema nach.



## CDU strebt stärkere Vernetzung der Kommunalpolitiker an

Zum Netzwerk-Treffen Kommunalpolitik der CDU Baden-Württemberg kamen erfahrene und frisch gebackene Mandatsträger der Partei in Stuttgart zusammen. Ein erstes Netzwerk-Treffen der Kommunalpolitiker der CDU Baden-Württemberg in der Staatsgalerie in Stuttgart bot den Mitgliedern der CDU und der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) die Möglichkeit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Dabei wurde über aktuelle Themen wie Asylpolitik, Schulstandorte, demografischer Wandel sowie Inklusion diskutiert. Mit über 5.000 Mandatsträgern sind die Kommunalpolitiker eine starke Gruppe und eine der wichtigen Stützen der CDU Baden-Württemberg. Mehr zum Treffen der Kommunalpolitiker erfahren Sie [hier](#).

## Meine Bürgersprechstunden im November

Auch in diesem Monat halte ich wieder meine Bürgersprechstunden ab.



Am Donnerstag, 20. November 2014 findet diese von 15.00 bis 17.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro in Villingen-Schwenningen statt. Am Freitag, 21. November 2014 führe ich um 16.00 bis 18.00 Uhr eine Sprechstunde für die Bürgerin-

nen und Bürger aus der Raumschaft Oberes Kinzigtal wie gewohnt in den Räumlichkeiten meiner Kollegin Kordula Kovac, Schlossstraße 24, Wolfach, durch. Wenn Sie etwas auf dem Herzen haben, können Sie gerne einen Termin mit meinem Mitarbeiter Bernd Böhm unter der Telefonnummer 07721 – 9935344 vereinbaren. Und wo ich kann, helfe ich sehr gerne!

Weitere Informationen über meiner Arbeit erhalten Sie auch auf meiner Homepage unter <http://www.thorsten-frei.de/>.

Haben Sie Fragen oder Anregungen, dann zögern Sie nicht und nehmen Sie Kontakt mit mir auf. Meine E-Mail-Adresse lautet [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de).  
Ich freue mich, von Ihnen zu hören.

## Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

### Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)  
Internet: [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)  
facebook: [www.facebook.de/ThorstenFreiCDU](http://www.facebook.de/ThorstenFreiCDU)